

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Haussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 848 ppbn d

Inhalt

Peter Glotz, Bundesgeschäftsführer der SPD, würdigt das Hamburger Wahlergebnis: Gerechtigkeit wird zum zentralen Wahlkampfthema.

Seite 1

Uwe Jens MdB erläutert Unterschiede zwischen der SPD und den Grünen: Der Mensch, nicht die Idee steht im Mittelpunkt.

Seite 3

Dietrich Sperling MdB glossiert Gedanken eines Senatoren: Mitnehmer-Effekt.

Seite 4

Walter Dorsch MdB beschreibt, wie in Bayern niedrige Pflegesätze in Krankenhäusern die Städte belasten.

Seite 5

Dokumentation

SPD-Kanzlerkandidat Hans-Jochen Vogel erinnert: Im Sinne des demokratischen Sozialisten Eduard Bernstein. (Teil I)

Seite 6

37. Jahrgang / 241

20. Dezember 1982

Für Hamburger Verhältnisse

Gerechtigkeit wird zum zentralen Wahlkampfthema

Von Dr. Peter Glotz
Bundesgeschäftsführer der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Erstes Ergebnis der Hamburger Wahl für die Strategie des Bundestagswahlkampfes ist die Zerstörung eines zentralen Wahlkampfeslogans der CDU/CSU. Die Hamburger Wahl wirkte wie die Nadel, die aus dem Luftballon der "rot/grünen Unregierbarkeit" die Luft ließ. Die SPD kann nach dem gestrigen Ergebnis in Ruhe feststellen: Wir würden gern "Hamburger Verhältnisse" überall zustandebringen. Das Hamburger Ergebnis für die Grün-alternative Liste bestätigt nicht nur die Richtigkeit der abgewogenen Gesprächsbereitschaft Klaus von Dohnanyis und der Hamburger Sozialdemokraten, sondern zeigt auch, daß die Bundesrepublik am 6. März auf ein Zweiparteiensystem zugeht. Kein Zweifel, daß die Union bundesweit noch vor der SPD liegt; Hamburg hat aber deutlich gemacht, daß die SPD ihr Wahlziel erreichen kann, bestimmende Kraft in der Bundesrepublik zu werden. Es wird am 6. März um eine Auseinandersetzung zwischen CDU/CSU und SPD gehen; das ist der zentrale Konflikt.

Die SPD hält nach der Hamburger Wahl an ihrem Konzept fest: Im Mittelpunkt der Wahlauseinandersetzung wird eine schnörkellose, dokumentarische Auseinandersetzung um "Gerechtigkeit" stehen. Die SPD leugnet nicht die wirtschaftlichen Zwänge, aber sie verlangt eine gerechte Verteilung der Lasten. Die unsozialen Mietgesetze, der BAFÖG-Kahlschlag und die Rückzahlbarkeit der "Zwangsanleihe" im Gegensatz zur dauernden Kürzung aller anderen Leistungen haben sich in Hamburg bereits ausgewirkt.

Die zweite Linie der Auseinandersetzung wird die konsequente Vertretung deutscher Interessen - besonders, aber nicht nur in der Abrüstungspolitik - sein. Der Parteivorstand hat in seiner Sitzung vom 17. Dezember als Leitmotiv für den Dortmunder Parteitag vom 21. Januar 1983 den Satz: "Im deutschen Interesse selbstbewußt und solidarisch handeln" beschlossen.

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 8 12-1

Lernstätten-Litabit
an der Universität
Köln



Die entsprechende Passage im Wahlprogramm lautet: "Wir stehen zum westlichen Bündnis. Wir sagen aber auch gleichzeitig klipp und klar, wo unsere eigenen deutschen Interessen liegen. Weder lassen wir uns in unseren Osthandel hineinreden, noch erlauben wir es anderen, über unseren Kopf hinweg militärische Entscheidungen für uns zu fällen. Deutschland muß seine Interessen entschieden vertreten. Wir wollen ein selbstbewußter Partner in einer freigewählten Allianz sein. Unser Leitmotiv lautet: SPD - weil es um deutsche Interessen geht."

Der SPD stehen nur 50 Prozent der Mittel zur Verfügung, mit denen wir 1980 den Wahlkampf bestritten haben. Dies bedeutet: Wir können uns nicht auf "gekaufte Kommunikation" (insbesondere Anzeigen) verlassen, sondern müssen uns insbesondere auf die Kraft der Parteiorganisation und einer - im Augenblick allerdings hoch motivierten - Mitgliedschaft stützen.

So werden der Spitzenkandidat Hans-Jochen Vogel und die drei Vorsitzenden der Partei insgesamt 145 große Kundgebungen in der ganzen Bundesrepublik durchführen, dazu eine Fülle von Zielgruppengesprächen. Die weiteren Spitzenredner der Partei - Mitglieder des Vorstands, führende Landespolitiker, Mitglieder der Regierung Helmut Schmidts - werden weitere 150 Kundgebungen durchführen. Die Geschäftsstellen der SPD sind so ausgerüstet worden, daß in wenigen Stunden auf aktuelle Ereignisse mit Flugblättern reagiert werden kann. Ein wichtiges Instrument im Wahlkampf ist die "Zeitung am Sonntag", die an den letzten drei Sonntagen vor der Wahl in einer Auflage von rund 16 Millionen herauskommen und von den Mitgliedern der SPD überall im Land verteilt werden wird. Eine vergleichbar große Verteilungsaktion ist für den 23. Januar 1983, den Sonntag nach dem Dortmunder Parteitag der SPD geplant. An diesem Sonntag werden die Mitglieder der SPD überall in der Bundesrepublik eine Darstellung des Kanzlerkandidaten Hans-Jochen Vogel verteilen.

Die SPD greift die Anregungen des Bundestagspräsidenten auf und verpflichtet sich ausdrücklich zu einem fairen Wahlkampf. Sämtliche Forderungen des Bundestagspräsidenten - wie zum Beispiel die Forderung, daß die Werbemittel gegenseitig nicht beschädigt werden, daß Verunglimpfungen unterbleiben et cetera - werden von der SPD unterstützt. Die SPD ist offen für den Gedanken, diese Verpflichtungen in einem Wahlkampfabkommen zu besiegeln; in einem solchen Abkommen muß dann auch eine Begrenzung der Wahlkampfkosten vereinbart werden. Die SPD ist allerdings nicht erneut für die Installierung einer Schiedsstelle, die im Wahlkampf leicht als Verstärkeranlage für Polemik benutzt werden kann.

(-/20.12.1982/ks/ca)

+ + +



Die Idee über alles

Für uns steht der Mensch im Mittelpunkt

Von Dr. Uwe Jens MdB

Die Ideen der "Grünen" müssen zwangsläufig breite Zustimmung finden. Wer wäre denn nicht für verstärkten Umweltschutz? Auch Sozialdemokraten halten dies für richtig und nehmen dies sehr ernst. Der Gedanke eines besseren Umweltschutzes mußte schon deshalb so stark an Bedeutung gewinnen, weil Wirtschaft und Politiker einiges versäumt, anderes nicht publik gemacht haben. Ideen, die sich in weiten Kreisen durchsetzen, haben immer eine materielle Basis.

Aber wer sind die "Grünen" eigentlich, wer ist verantwortlich, wen kann man zur Rechenschaft ziehen? Frau Kelly, die Profilierteste in dieser Bewegung, mußte den Bundesvorstand verlassen, weil es die Satzung so vorsah. Bewerber für ein Mandat sollen einen Passus unterschreiben, daß sie ihr Mandat zurückgeben werden, wenn sie die Beschlüsse der sogenannten Basis nicht einhalten. Bereits in die Parlamente entsandte Abgeordnete sollen schließlich nach dem Rotationsprinzip nach zwei Jahren ihr Mandat an einen Nachfolger abgeben.

Diesen Usancen sollen hier nicht Effektivitätsgesichtspunkte oder verfassungsrechtliche Bedenken entgegengehalten werden; diese Usancen zeigen eines deutlich: für die "Grünen" ist die Idee wichtiger als die individuelle Verantwortung der handelnden Personen. Der Mensch hat sich unterzuordnen; ist sekundär. Die Idee ist alles...

Keine unangemessenen Vergleiche. Aber hier geht es um einen alten Konflikt: Ob die Idee oder der Mensch endlich Maßstab des politischen Handelns ist. Nach sozialdemokratischer Auffassung steht der Mensch im Mittelpunkt jeder Politik; er bleibt das Maß aller Dinge. Wir Sozialdemokraten wollen das Denken in Zusammenhängen und das ökologische Denken in den Köpfen verankern, erst recht in den der verantwortlichen Politiker. Einige Ideen entarten freilich zu Ideologien mit schwerwiegenden, zum Teil verhängnisvollen Folgen für die Gesellschaft, wie zum Beispiel der Monetarismus, der von der neuen Regierung mit besonderem Nachdruck in die deutsche Politik eingespeist werden soll. Die "Grünen" sollten an diesen Bedenken nicht vorbeigehen.

(-/20.12.1982/ks/va)

+ + +



Mitnehmer-Effekt

Wenn der Herr Senator erzählt

Von Dr. Dietrich Sperling MdB

In einem Aufsatz, Überschrift: "Die politische Position der Unternehmer", geschrieben von einem Bauunternehmer und Senator, lese ich über diese, unsere Gesellschaft: "Eine korrumpierte Mitnehmer-Gesellschaft". Aha, denke ich, da der Mann vom Bau und also vom Fach ist, meint er die Bauherrenmodelle.

Er schreibt: "Es ist der Begriff des Mitnehmens geprägt worden. Mitnehmen, Mitnehmermentalität, bedeutet doch schon eine korrumpierte Gesellschaft." Richtig. Es geht weiter: "Mitnehmen heißt doch in diesem Zusammenhang: etwas in Anspruch nehmen, was einem eigentlich nicht zusteht." Natürlich. Der Bauunternehmer hat sicherlich an die immer noch weiter leistungslos steigenden Bodenpreise und die Gewinne daraus gedacht, deren Entwicklung die Baukonjunktur hemmt.

Es geht weiter: "Ein markantes Beispiel dafür ist doch die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall. Hier wurde doch ein Gesetz gemacht, das die moralische Leistungsfähigkeit der Betroffenen bei weitem überfordert."

Ich bin enttäuscht. Falsch geraten, nicht Bauherrenmodelle, nicht Bodenspekulation: Wer Lohnfortzahlung bei Krankheit in Anspruch nimmt, nimmt etwas in Anspruch, was ihm nicht zusteht.

Krankheit ist also kein medizinisches, sondern ein moralisches Problem. Man sollte Theologen zu Betriebsärzten machen.

(-/20.12.1982/ks/ca)

+ + +



Bayerns niedrige Pflegesätze gehen zu Lasten der Städte

Gegen überhöhte Betriebskostenzuschüsse kommunaler Krankenhausträger

Von Walter Dorsch MdL

Krankenhausexperte der bayerischen SPD-Landtagsfraktion

159 Millionen Mark mußten bayerische Städte und Landkreise schon 1980 als Betriebszuschüsse für die Krankenhauspflege zuschießen. Dies geht aus einem Bericht des bayerischen Arbeitsministeriums hervor. Zahlen für 1981 und 1982 liegen noch nicht vor. Sie dürften noch höher liegen, wenn berücksichtigt wird, daß - wie das Ministerium errechnete - von 1979 auf 1980 eine Steigerung um 50 Prozent zu verzeichnen war.

Die Zahlen beweisen in erschreckender Weise die völlig verfehlte Krankenhauspolitik der bayerischen Staatsregierung. Die Landesplanungsbehörde habe es seit zehn Jahren versäumt, den in Bayern bestehenden Überhang an Krankenhausbetten wirksam abzubauen - der maßgeblichste Grund für die Krankenkassen, niedrigere Pflegesätze zu leisten. Während im Bundesdurchschnitt die Kommunen 1980 etwa drei Mark zur täglichen Krankenhausaufwendung von 200 Mark pro Patient beisteuern mußten, lag der Satz in Bayern bei acht Mark. Nimmt man ein Krankenhaus der 2. Versorgungsstufe, wie beispielsweise Fürth, mußte die Stadt bei 250.000 Pflēgetagen im Jahr drei Millionen Mark zuschießen. Der Zuschuß liegt jedoch in Fürth bei sechs Millionen, da der Pflegesatz dort noch niedriger ist als die auf Durchschnittswerten beruhende Berechnung des Arbeitsministeriums. Ursache dafür ist, daß sich die Krankenkassen weigern, kostendeckende Pflegesätze zu zahlen, wenn die Wirtschaftlichkeit des Betriebs nicht gewährleistet ist. Und dies liegt wiederum daran, daß die Krankenhäuser unterschiedlich gut oder schlecht ausgestattet sind. Überalterte Einrichtungen können kaum so wirtschaftlich arbeiten wie neue moderne Krankenhäuser. Städte mit sanierungsbedürftigen Krankenhäusern wie Nürnberg oder Fürth sind daher vielfach benachteiligt. Nicht nur ihre Bürger leiden unter der teils menschenunwürdigen Unterbringung, ihre Steuergelder müssen darüber hinaus auch noch zweckentfremdet zu überhöhten Betriebskostenzuschüssen verwendet werden und fehlen für die notwendigen Investitionen.

Ein Teufelskreis der nur durch eine gezielte Bedarfsplanung durchbrochen werden könnte. Aber dazu fehlt der Staatsregierung ganz offensichtlich der Mut. Ehe der Bettenüberhang nicht abgebaut ist, werden die Krankenkassen verständlicherweise auch nicht bereit sein, einen kostendeckenden Pflegesatz zu zahlen, zu dem sie nach der Bundespflegesatzverordnung an sich verpflichtet wären. Allerdings wird ein Widerspruch der Krankenhausträger gegen Pflegesatzfestsetzungen durch einen übergroßen Verwaltungsaufwand - ein Verfahren dauert in der Regel über zwei Jahre - fast unmöglich gemacht, so daß Städte und Landkreise oft genug das Defizit schlucken, weil sie sonst nicht einmal abrechnen können. Auch hier ist die Staatsregierung am Zug.

Die Staatsregierung nachdrücklich aufzufordern, endlich eine genaue Bedarfsplanung vorzulegen. Das wäre nach meiner Meinung nicht einmal ein besonderer Aufwand für die Staatsverwaltung. Sie hätte lediglich die Unterlagen der Krankenhäuser auszuwerten und jenen Krankenhäusern geringere Bedarfsvorgaben zu machen, die im Durchschnitt eine zu geringe Auslastquote haben. Eine pauschale zehnprozentige Senkung wäre allerdings nicht zu akzeptieren.

Als eine äußerst fragwürdige Ehre bezeichne ich in diesem Zusammenhang die Tatsache, daß Bayern insgesamt gesehen niedrigere Pflegesätze hat als andere Bundesländer. Der Stolz der Staatsregierung darauf ist völlig abwegig. Solange die Betriebskostenzuschüsse der bayerischen Kommunen doppelt so hoch sind wie die der Städte und Landkreise in anderen Bundesländern, können die Pflegesätze niedrig sein. Das jedoch ist eine Milchmädchen-Rechnung. Hier werden Lasten auf Schultern abgewälzt, die sie angesichts der angespannten Finanzlage in Zukunft noch weniger tragen können als in der Vergangenheit.

(-/20.12.1982/ks/ca)

+ + +

Vernünftiger Umgang
mit wertvollen Rohstoffen
Recycling-Papier

D O K U M E N T A T I O N

Auf einer Gedenkveranstaltung zum 50. Todestag Eduard Bernsteins hat der SPD-Kanzlerkandidat, Dr. Hans-Jochen Vogel, am Wochenende folgendes Referat gehalten, daß wir in zwei Teilen veröffentlichen.

Im Sinne des demokratischen Sozialisten Eduard Bernstein

"Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands bekennt sich zur Demokratie. Der Staat soll Vorbedingungen dafür schaffen, daß der einzelne sich in freier Selbstverantwortung und gesellschaftlicher Verpflichtung entfalten kann." Mit diesen Sätzen umreißt das Godesberger Programm die Einstellung der deutschen Sozialdemokratie zum Staat. Adolf Arndt, einer der geistigen Väter der einschlägigen Passagen des Godesberger Programms, hat in der Programmdiskussion ausgeführt, "der Staat, nach dem wir streben, ist nicht wertfrei, sondern wertgebunden und durch seine Bestimmung selber ein Wert. ... Die Gesellschaft ist berufen, durch ihre staatliche Entwicklung sich selber in menschenwürdiger Weise zu verändern, indem sie den Staat zum Verbündeten aller sozial Schwächeren, aller Leidenden, aller Benachteiligten macht und ihn zum Staate der Freiheit und Gerechtigkeit fortbildet."

Ein langer, von Rückschlägen und Widersprüchen nicht freier Weg war zu gehen, bis diese Klarheit und Eindeutigkeit des Staatsverständnisses erreicht war. Einer der ersten, die diesen Weg vorangegangen sind, war Eduard Bernstein.

Die Erfahrung staatlicher Unterdrückung im Kaiserreich und ganz besonders die zwölf Jahre staatlicher Verfolgung unter dem Bismarckschen Sozialistengesetz haben das zwiespältige Verhältnis der damaligen Sozialdemokratie zum Staat verursacht und gefestigt. Daß die Partei die einzige entschiedene demokratische Kraft im politischen Spektrum jener Zeit war, haben die damals herrschenden Kräfte nicht zu Unrecht geradezu als Herausforderung aufgefaßt. Noch um die Jahrhundertwende erwogen offizielle Stellen ernsthaft Staatsstreichpläne für den Fall, daß die Sozialdemokraten eine parlamentarische Mehrheit im Reichstag erringen sollten.

Der damalige Staat hatte sich als eine Organisation zur Aufrechterhaltung der Privilegien der bevorrechtigten Klassen erwiesen. Diese Erfahrung war der Nährboden, auf dem das Marx'sche Staatsverständnis gedeihen und in der Sozialdemokratie Wurzeln schlagen konnte. Bis in die Weimarer Zeit hinein blieben viele Sozialdemokraten skeptisch, ob der Staat denn wirklich Bundesgenosse im Kampf um das gleiche Recht auch für die nieder gehaltene Klasse werden könne.

Marx hat seine Erfahrungen mit dem Obrigkeitstaate verallgemeinert. Für ihn sind Staat und Recht Überbauphänomene, determiniert durch die ökonomische Struktur der Gesellschaft, die Produktionsverhältnisse. Die Bourgeoisie hat die Staatsmacht zum Schutze ihrer Eigentumsverhältnisse organisiert; Staat und Recht sind Werkzeuge der Klassenherrschaft. Emanzipieren kann sich das Proletariat nur, indem es den Staat der Bourgeoisie mit Gewalt zerschlägt und zunächst an seiner Stelle die Diktatur des Proletariats setzt. Am Ende des als unausweichlich vorgestellten Entwicklung endet die Klassenherrschaft und der Staat stirbt nach einer berühmten Passage in Engels "Anti-Dühring" ab: An die Stelle der Regierung über Personen tritt die gemeinsame Verwaltung von Sachen. Das Recht teilt nach dieser Lehre das Schicksal des Staates.

Das Eindringen dieser Vorstellungen in die Vorkriegssozialdemokratie war nur möglich, weil die Wirklichkeit diesem Negativbild des Staates nur zu sehr entsprach. Freiheit und Gleichberechtigung, die ursprünglichen Impulse der sozialistischen Bewegung, schienen infolgedessen nicht im Staat, sondern nur gegen den Staat erreichbar.

Die Marx'sche Staatstheorie hat allerdings einen anderen Strang sozialdemokratischer Theorie niemals ganz verdrängen können. Lassalle nämlich schätzte den Staat und das Recht völlig anders ein als Marx. Für ihn ist Zweck des Staates, "das menschliche Wesen zur positiven Haltung und fortschreitenden Entwicklung zu bringen, mit anderen Worten, die menschliche Bestimmung, das heißt die Kultur, deren das menschliche Geschlecht fähig ist, zum wirklichen Dasein zu gestalten; er ist die Erziehung und Entwicklung des



Menschengeschlechts zur Freiheit". Gegen die Bourgeoisie, die sich eine Nachtwächter-idee vom Staat macht und diesen am liebsten abschaffen möchte, verteidigt Lassalle den Staat als das "uralte Vestafeuer der Zivilisation". Lassalleanisches Denken hat über viele Jahre hinweg das praktische Handeln der deutschen Sozialdemokratie stärker geprägt als ihr offizielles Selbstverständnis. Das gehörte ja zu den inneren Spannungen der jungen Sozialdemokratie jener Jahre, daß ihre konkrete parlamentarische Arbeit zur Verbesserung der Lage der arbeitenden Menschen und ihre offizielle Staatstheorie keineswegs widerspruchsfrei waren. Man arbeitete mit, etwa auch am Bürgerlichen Gesetzbuch, und doch schien das eigentliche Endziel, der Zukunftsstaat, mit den gegenwärtigen Verhältnissen in keinem Zusammenhang zu stehen. Alles, was an den gegebenen Verhältnissen bedrückend erschien, sollte überwunden werden. Allem voran der Staat.

Einen entscheidenden Schritt in Richtung auf das Staatsverständnis des Godesberger Programms, hat Eduard Bernstein getan. Lassalles idealistische Visionen hat er durch eigenständige, vor allem soziologische Beobachtungen vertieft. Manches ist Fragment geblieben, anderes mehr erspürt als wissenschaftlich ausgeführt. Bernstein war ein unverwundlicher Optimist. Daß die Entwicklung zu mehr Demokratie, mehr sozialer Gerechtigkeit und mehr Rechtsstaatlichkeit stetig verlaufen würde, hat er fest geglaubt. Das Präkäre, die Verletzlichkeit der rechtsstaatlichen Demokratie, ihre ständige Gefährdung hat er nicht in Rechnung gestellt. Wir sind um die bitterste Erfahrung der deutschen Geschichte klüger, als Bernstein es sein konnte: Um die Erfahrung, daß eine demokratische Verfassung in kürzester Zeit pervertiert, ein Rechtsstaat in das blutige Terrorregime des Faschismus verwandelt werden konnte. Manche der theoretischen Schwächen, die Bernsteins Werk ohne Zweifel aufweist, mögen damit zu tun haben, daß auch er, wenn auch anders als die Marxisten, an eine letztlich gradlinige Teleologie (Lehre vom Zweck und der Zweckmäßigkeit) der Geschichte geglaubt hat.

Bernstein hat neue Gedanken in die deutsche Sozialdemokratie eingeführt, Gedanken über den Rechtsstaat, den Pluralismus und die Demokratie. Die tiefere Fundierung und präzisere Ausarbeitung dieser Gedanken mußte anderen überlassen bleiben. Ich erwähne hier nur Hermann Heller, Gustav Radbruch und Adolf Arndt. Aber wichtige Anstöße sind doch von Bernstein ausgegangen; manche vielleicht zu früh. Das gilt vor allem für die drei wesentlichen Elemente des sozialdemokratischen Staatsverständnisses: Den Eigenwert des gesetzten Rechts, den politischen Pluralismus und die Demokratie als Inhalt und Form des Sozialismus.

Konflikte nicht nur wegen des Privateigentums an Produktionsmitteln

Im Gegensatz zu Marx, Engels, Kautsky und Bebel sah Bernstein deutlich, daß das Privateigentum an den Produktionsmitteln nicht die einzige Ursache gesellschaftlicher Interessenkonflikte ist. Auch die Staaten des sogenannten real existierenden Sozialismus haben das lernen müssen. Sie unterscheiden antagonistische, auf der Klassenstruktur der Gesellschaft beruhende, und nichtantagonistische Widersprüche. Alt und Jung, Stadt und Land, Industrie und Landwirtschaft sind ebenso von der Eigentumsordnung unabhängige Gegensätze wie die zwischen verschiedenen Moral- und Rechtsauffassungen. Mit solcherlei Gegensätzen muß bis in alle Zukunft und in allen Gesellschaftssystemen gerechnet werden. Die Vielfalt der Interessen wird wohl eher noch weiter zunehmen. Ich sage das ganz wertfrei; denn Vielfalt der Interessen und der Gegensätze ist ja als solche kein Wert. Und nicht zu leugnen ist sicherlich auch, daß die soziale Schichtung einer Gesellschaft mit den Eigentumsverhältnissen zusammenhängt und daß die Struktur möglicher Interessengegensätze in gewissem Umfang durch den wirtschaftlichen Unterbau einer Gesellschaft vorgegeben wird.

Gleichviel: Die Interessenvielfalt ist ein Faktum. Gerecht wird ihr nur ein offener, pluralistischer Staat. Dies erkannte Bernstein. Und die die alte sozialdemokratische Erwartung, durch Überwindung des kapitalistischen Privateigentums werde die Quelle aller gesellschaftlichen Konflikte austrocknen, durchschaute er als schöne, doch realitätsferne Illusion. Damit entfiel aber die theoretische Grundlage für die Hoffnung der Vorkriegssozialdemokratie, Freiheit und Gleichheit könnten ohne institutionelle Vermittlung, jenseits einer Rechtsordnung und ohne staatliche Autorität verwirklicht werden.

Der Staat ist eine unentbehrliche Organisationsform. Schon in einem seiner ersten Aufsätze, der kennzeichnenderweise "Über die gesellschaftspolitische Bedeutung von Raum und Zahl" überschrieben ist, war Bernstein zu dieser Überzeugung gelangt. Allein die



Flächenausdehnung der modernen Gemeinschaften und die Konzentration großer Zahlen von Menschen in ihnen bringen einen gesellschaftlichen Regelungsbedarf mit sich, der nur in der Organisationsform des Staates, nicht aber von fakultativen und fluktuierenden Zusammenschlüssen befriedigt werden kann.

Da diese Merkmale unabhängig von Eigentumsverhältnissen und Wirtschaftsformen gelten, kann der Staat auch nicht Funktion einer bestimmten Wirtschaftsform sein. Der Staat ist eine universelle gesellschaftliche Einrichtung. Bernstein wandte diese Erkenntnis bewußt gegen die in seiner Partei vorherrschende Auffassung von der bloß "transitorischen, zeitweiligen" Rolle des Staates. Sie enthielt zugleich ein Argument für einen klassenunabhängigen Pluralismusbegriff.

Sozialismus ist keine Aussage über die Wirklichkeit

Der Marxsche Geschichtsdeterminismus und die Auffassung, der Sozialismus sei das notwendige Ziel der Geschichte, hatten schon um die Jahrhundertwende an Schwungkraft verloren. Als Legitimation und als praktische Handlungsanleitung waren sie gleichermaßen ungeeignet. Bernstein wollte nicht die Unterwerfung unter einen mechanistischen Gesellschaftsplan, sondern die bewußte Durchführung eines Gesellschaftsprinzips. Damit griff Bernstein einen Gedanken Lassalles auf: Sozialismus war für ihn nur dann ein richtiges und handlungsorientierendes Ziel, wenn er eine bestimmte "Moral- und Rechtsauffassung" umfaßt. Darin schlägt sich auch die in Bernsteins Zeiten neu auflebende Kant-Tradition nieder. Eine vollständige wissenschaftliche Begründung aller Forderungen des Sozialismus, wie der Marxismus sie in Anspruch nahm, ist weder möglich, noch nötig - und ich füge hinzu - auch gar nicht wünschenswert. Sozialismus ist keine Aussage über die Wirklichkeit; Sozialismus ist ein Wert, etwas Normatives: "Was ist der Sozialismus", fragt Bernstein, "man kann sagen, der Sozialismus ist das Bild, die Vorstellung ... von einer bestimmten Gesellschaftsordnung, und man kann ihn auffassen als die Bewegung zu einer bestimmten Gesellschaftsordnung hin. ... Es ist etwas, was sein soll ...". Nur ethisch läßt sich der Sozialismus begründen. Ob einer Sozialist ist, hängt davon ab, für welche Werte er sich entscheidet. Inhalt dieser Entscheidung ist eine bestimmte Moral und Rechtsauffassung. Bernstein spricht von dieser Moral und Rechtsauffassung als dem "Prinzip der Genossenschaftlichkeit". Darin sieht er zugleich ein wirtschaftliches wie ein rechtliches Verhältnis ausgedrückt. Sozialismus erscheint als "Bewegung zur oder (als) Zustand der genossenschaftlichen Gesellschaftsordnung. "Der Socius" ist für Bernstein der "gleichberechtigte Teilhaber". Daraus folgert er, "daß der Sozialismus ... in letzter Instanz Demokratie, Selbstverwaltung heißt."

Genossenschaft als Wesen der Demokratie

Wenn das Wesen der Genossenschaftlichkeit die Demokratie ist, so kann der demokratisch organisierte Staat niemals bloß Mittel zu anderen Zwecken sein. "Die Demokratie ist Mittel und Zweck zugleich. Sie ist das Mittel der Er kämpfung des Sozialismus, und sie ist die Form der Verwirklichung des Sozialismus."

Bernstein verbrachte zwölf Jahre im englischen Exil. Gewiß haben die Erfahrungen mit einer funktionierenden, gewachsenen parlamentarischen Demokratie dazu beigetragen, daß er früher als die meisten seiner Parteifreunde zu dieser Erkenntnis gelangte. Die Sozialdemokratische Partei insgesamt ist ihm in der Theorie nicht sogleich darin nachgefolgt. Aber in der Praxis hat sie in ihren demokratischen Grundsätzen nie geschwankt. Weder als demokratische Opposition im Kaiserreich, noch in den Wirren der Revolutionstage nach dem 9. November 1918. Die volle theoretische Tragweite dieser Erkenntnis Bernsteins wurde jedoch mit Zögern und nur nach und nach ins Bewußtsein der Partei aufgenommen. Herausragende sozialdemokratische Staatstheoretiker wie Heller, Radbruch, Hilferding und schließlich Adolf Arndt, haben diesen Gedanken weitergeführt. In einer "Grundforderung" des Godesberger Programms hat er seinen für uns gültigen Ausdruck gefunden:

Wir streiten für die Demokratie. Sie muß allgemeine Staats- und Lebensordnung werden, weil sie allein Ausdruck der Würde des Menschen und seiner Eigenverantwortung ist. ... Sozialismus wird nur durch die Demokratie verwirklicht, die Demokratie durch den Sozialismus erfüllt".

Demokratie als allgemeine Lebensform heißt für uns demokratische Sozialisten keinesfalls: Demokratie, soweit wir als Partei die Regie führen. Ganz im Gegenteil. Demokra-



tie, Selbstverantwortung, Eigenengagement sind uns willkommen, wo immer Bürger von sich aus dazu Schritte tun. Daraus ergibt sich unser kooperatives Verhältnis zur Bürgerinitiativbewegung und auch zu alternativen Formen der Selbstorganisation, soweit sie diesem Gedanken entsprechen. Wir begrüßen sie als Formen praktizierter gesellschaftlicher Demokratie. Freilich verzichten wir nie darauf, die Achtung vor der rechtsstaatlichen Demokratie insgesamt zu fordern. Und ebenso sehen wir im Gewaltmonopol des Staates eine unverzichtbare Errungenschaft unserer politischen Kultur.

Die Sozialdemokratie des 19. Jahrhunderts war eine Alternativbewegung. Es gab geradezu eine sozialdemokratische Gegenkultur, und das auch noch weit in unser Jahrhundert hinein. Da waren Konsumvereine, eigene Bildungs- und Unterhaltungsstätten, eine eigene politische Rhetorik, ein eigenes Liedgut und manches andere mehr. Manches davon ist in der Sozialdemokratie noch lebendig, obwohl in den letzten 20 Jahren allzuviel auf dem Altar der nivellierten Mittelstandsgesellschaft geopfert wurde. Die Sozialdemokratie war Selbsthilfeorganisation der Schwächeren, der Unterdrückten. Inzwischen hat sie sich, nicht ohne innere Kämpfe, entschlossen, auch in den Institutionen des Staates, innerhalb der großen "Apparatur" zu arbeiten. Als Partei haben wir einen kollektiven Lernprozeß durchgemacht, der sich bei anderen wiederholen mag. Aber die Orientierung auf den Staat darf uns nicht daran hindern, in der Gesellschaft verankert zu bleiben; die SPD ist nicht nur Machtapparat, sondern auch soziale Bewegung.

Demokratie ist mehr als eine Staatsform, sie ist für uns eine Lebensordnung. Sie bedeutet Repräsentativdemokratie, aber eben nicht nur diese. Willy Brandt hat vor Jahren dazu aufgerufen, mehr Demokratie zu wagen. Ich bekenne mich zu diesem Ziel. Demokratie ist ein dynamischer Begriff, und seine Dynamik erstreckt sich auf die Wirtschaft ebenso wie auf den Umgang der Menschen miteinander.

Die Sozialdemokratie - in der geistigen Tradition Bernsteins - ist gesellschaftliche Kraft und Pfeiler der staatlichen Organisation, gesellschaftsverändernd und "staats-tragend", Basisbewegung und potentielle Regierungspartei.

Bernstein hat die Demokratie einmal die "Hochschule des Kompromisses" genannt. Ohne Zweifel kommt Bernstein auf dem Boden seiner Pluralismustheorie dem Konzept der Konkurrenzdemokratie ziemlich nahe. Dem Begriff nach sind der Staat und der demokratische politische Prozeß nur der Schauplatz einer Auseinandersetzung entgegengesetzter Gruppen- und Einzelinteressen. Über eine solche Auffassung, die staatliche Willensbildung und Demokratie dem Ausgleich der ökonomischen Interessen auf dem Markt gleichstellt, ist die Theorieentwicklung in der SPD heute hinaus. Der "Orientierungsrahmen '85" hat ausdrücklich betont, daß das "Gemeinwohl" oder Gesamtinteresse einer Gesellschaft nicht nur als Summe von Einzel- und Gruppeninteressen verstanden werden kann.

Die Parteien und insbesondere die Sozialdemokratie entwickeln ja nicht nur punktuelle Interessenstandpunkte, sondern Gemeinwohlkonzepte, die tendenziell auf Konsens angelegt sind oder - das sage ich im Blick auf das entsolidarisierende Handeln der neuen Regierung - doch angelegt sein sollten.

Der Leitbegriff der "solidarischen Gesellschaft" formuliert eine "Gemeinwohlkonzept" dieser Art; und er wird mein Reden und Handeln auch in der gegenwärtigen Wahlauseinandersetzung und darüber hinaus bestimmen. Ich bin weit davon entfernt, zu glauben, daß eine sozialdemokratische Mehrheit in irgendeiner Form die solidarische Gesellschaft garantieren könne, und ich würde auch niemals behaupten, daß eine Mehrheit der Unionsparteien die solidarische Gesellschaft ausschliesse. Aber ich mache kein Hehl daraus, daß der in den westlichen Industriegesellschaften in diesen Jahren grassierende Neokonservatismus die Tendenzen zu einer Ellbogengesellschaft meiner Auffassung nach verstärkt. Meine politische Arbeit richtet sich - im Sinne des demokratischen Sozialisten Eduard Bernstein - gegen diese Tendenzen.

Bernstein setzt auf die Entwicklung einer demokratischen politischen Kultur. Er hoffte, "daß mit der Zunahme demokratischer Einrichtungen die humanere Auffassungsweise, die sich in unserem sonstigen sozialen Leben langsam, aber stetig Bahn bricht, auch vor den bedeutsameren Klassenkämpfen nicht halt machen kann, sondern für sie ebenfalls mildere Formen der Austragung schaffen wird".
(-/20.12.1982/ks/ca)

+ + +

(Fortsetzung folgt)

Verantwortlich: Willi Carl

Vernünftiger Umgang
mit wertvollen Rohstoffen
Recycling-Papier